Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

238 (11.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 238 — **Dienstag, den 11. Oktober 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich begann unter dem Vorsitz von Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke die Verhandlung der Klage gegen das Reich wegen des Vorgehens der Reichsregierung in Preußen am 20. Juli.

*

Für die Autotreibstoffe tritt ab Dienstag eine Preiserhöhung um 2 Pfg. pro Liter für das ganze Reichsgebiet in Kraft.

*

Demnächst werden die ersten regelmäßigen Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung beginnen.

*

Dr. Goebbels hat sich erboten, in einer deutschnationalen Versammlung zu sprechen; das Angebot wird von den Deutschnationalen angenommen.

*

Herriot hatte eine Unterredung mit dem englischen Botschafter. Havas bestätigt, daß Herriot im Laufe der Woche in London mit Macdonald zusammenkommen werde.

*

Der amerikanische Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Davis, hatte bei seinem Aufenthalt in London eine längere Besprechung mit Außenminister Simon über Abrüstungsfragen.

*

Die englische Regierung hat eine neue Konvertierungsanleihe von 150 Millionen Pfund angekündigt.

*

Das Standrecht in Ungarn ist aufgehoben worden.

*

Der von den amerikanischen Behörden gesuchte ehemalige Millionär Samuel Insull aus Chicago, der 400 Millionen Dollar unterschlagen haben soll, ist in Athen verhaftet worden.

Keine Kürzung der Gehälter durch die Reichsregierung

Berlin, 10. Okt. In einer großen westdeutschen Zeitung ist davon die Rede, daß der mecklenburgische Ministerpräsident Granzow in einem Schreiben an die Finanzminister der Länder von einer Kürzung der Beamtengehälter durch die Reichsregierung gesprochen hat. Wie wir aus Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, dazu erfahren, ist vom Reich eine derartige Gehaltskürzung nicht geplant. Einzelne Länder sind zwar an die Reichsregierung mit dem Wunsche herangetreten, die Gehälter zu kürzen, doch sind diese Ersuchen von der Reichsregierung **abgelehnt worden**. Sie hat auch keine generelle Anregung zu Gehaltskürzungen an die Länder gegeben.

Beginn der Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung

Berlin, 10 Okt. Demnächst werden die ersten regelmäßigen Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung beginnen. In dreiwöchigen Kursen sollen zunächst Hilfslehrer für den Geländesport herangebildet werden. Hierzu können von allen Verbänden, die sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, Teilnehmer vorgeschlagen werden. Die Kosten der Lehrkurse auf den Geländesportschulen trägt das Reichskuratorium. Unterkunft und Verpflegung sind für die Teilnehmer frei. Ebenso wird Bekleidung und Ausrüstung den Lehrgangsteilnehmern vom Reichskuratorium gestellt. Jede parteipolitische Betätigung in den Lehrgängen ist verboten. Mit den Landesregierungen hat eine Besprechung über die Aufgaben des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung stattgefunden und die Zustimmung sämtlicher Landesregierungen ergeben. Das Reichskuratorium, das nicht die gesamte Arbeit zentral leiten kann, wird **zwölf Zweigstellen im Reichsgebiet** einrichten, welche die Aufgabe haben, sowohl mit den Landesregierungen und Landesbehörden wie mit den Untergliederungen der Verbände enge Fühlung zu halten. Sie sollen ferner den Unterricht an den Geländesport ihres Gebietes überwachen.

Vollmachten für Dr. Schacht?

T.U. **Berlin**, 10. Okt. Wie die Telegraphen-Union erfährt, schweben Erwägungen darüber, den Reichsbankpräsidenten a. D. Dr. Schacht, der am Montag abend aus London zurückkehrt, mit der Funktion eines Reichskommissars für das Bankwesen zu betrauen. Ob dies in der Form geschehen soll, daß Dr. Schacht den Posten des jetzigen Reichskommissars übernimmt oder in anderer Form, steht noch nicht fest. Jedenfalls würden seine Zuständigkeiten gegenüber denen des in der Notverordnung vom 21. September 1931 geschaffenen Reichskommissars eine Erweiterung erfahren. So erwägt man u. a. auch eine stärkere Einflußnahme des durch Dr. Schacht zu übernehmenden Auftrages auf das in der genannten Notverordnung geschaffene Kuratorium für das Bankgewerbe.

Der Prozeß gegen das Reich

Leipzig, 10 Okt. Unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke begann am Montag die Verhandlung der **Klage gegen das Reich**, die die Länder **Preußen, Bayern und Baden** angestrengt haben. Es handelt sich um das Verfahren, das das größte deutsche Land in Gang gebracht hat, wegen der vom Kabinett Papen gegen Preußen verhängten Exekution vom 20 Juli. Die Zuhörerplätze des Hauptsaales waren völlig besetzt. Unter dem Auditorium bemerkte man führende Juristen und Staatsrechtler aus allen Teilen des Reiches.

Die Prozeßparteien selbst sind durch die regelrechten Delegationen vertreten. Dabei hat es der Zufall gefügt, daß die Vertretung der preußischen Staatsregierung in der umfriedeten Anklagebank Platz gefunden hat, während die Vertretung des Reiches auf der gegenüberliegenden Seite ihre Plätze einnimmt.

Dem Richterkollegium gehören außer dem Reichsgerichtspräsidenten Dr Bumke als Vorsitzenden noch an als Beisitzer: Die Reichsgerichtsräte Schmitz (Berichterstatter), Triebel, Dr. Schwalb sowie die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. von Müller-Berlin, Dr. Gümbel-München und Dr. Striegler-Dresden. Die Vertretung der preußischen Staatsregierung führt bekanntlich Ministerialdirektor Dr. Bracht.

Ehe die eigentliche Verhandlung beginnt, stellt Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke fest, daß der Reichskanzler als preußischer Reichskommissar nicht besonders vertreten ist. Der Vertreter des Reichs, Ministerialdirektor Dr. Gottheiner, verweist darauf, daß diese besondere Vertretung sich erübrigt, wie das Reich bei seinen Schriftsätzen ausgeführt habe. Auch der preußische Vertreter Dr. Brecht beantragt, weiter zu verhandeln. Darauf hielt der Berichterstatter des Gerichtshofes ein längeres Referat aus den verschiedenen Schriftsätzen der Prozeßparteien, das die Ursachen des Rechtsstreits darlegt und die Auffassungen der Prozeßbeteiligten wiederspiegelt.

Nach dem mehr als einstündigen Referat gab der Vorsitzende Dr Bumke eine Erklärung ab, in der er sich in aller Schärfe gegen die in der Oeffentlichkeit zutage getretenen Vorwürfe, der Staatsgerichtshof habe die Verhandlung verschleppt, verwahrt. Nach seiner Auffassung sei von allen Seiten mit äußerster Kraft gearbeitet worden; was die Sache so lange aufgehalten habe, sei die Schwierigkeit der Materie. Es sei nicht die Aufgabe des Staatsgerichtshofes, darüber zu entscheiden, **ob die Geschehnisse, die hier angefochten werden, politisch rechtmäßig oder politisch heilsam gewesen seien; der Staatsgerichtshof habe lediglich darüber zu entscheiden, ob sich die Ereignisse im Rahmen der Verfassung gehalten haben.**

Der Vorsitzende entwickelte dann das Verhandlungsprogramm. Zunächst soll die Hauptfrage geprüft werden: **Welches war die tatsächliche Lage am 20. Juli, und worauf konnte sich die Annahme stützen, daß gegen Preußen vorgegangen werden mußte, wie vorgegangen worden ist.**

Vor Eintritt in die Verhandlung über den erwähnten ersten Punkt erhält der Hauptsprecher der **preußischen Delegation**, Ministerialdirektor Dr. **Brecht**, das Wort zu einer Erklärung, in der er betonte, daß Preußen keinen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten richten wolle. Die Kläger bestritten jedoch auf das entschiedenste die Richtigkeit der Informationen, die dem Reichspräsidenten gegeben worden seien, die Richtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, wie man ihm vorgetragen habe. Gegenstand der Klage sei lediglich die rechtliche Zulässigkeit des Vorgehens der Reichsregierung. Zweck der Klage sei vor allem die Befreiung Preußens von dem aufs tiefste kränkenden Vorwurf, daß Preußen seine Pflicht nicht erfüllt habe. Die preußischen Minister stellten ihre Person dabei vollständig zurück.

Im Namen der **bayerischen Regierung** gab Staatsrat Jan die folgende Erklärung ab: Der Sinn der bayerischen Klage ist ein durchaus anderer als der Sinn der preußischen Klage. Die bayerische Klage richtet sich nicht unmittelbar auf die Verordnung vom 20 Juli; sie richtet sich nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft. Es kommt darauf an, im bundesfreundlichen Sinne die Grundlage für die zukünftige Anwendung des Artikels 48 zu finden.

Für die **badische Regierung** erklärte Ministerialdirektor Dr. Fecht: Auch der badischen Regierung kommt es darauf an, die absoluten und relativen Grenzen festzulegen, welche der Reichsregierung hinsichtlich der Anwendung des Artikels 48 gezogen sind. Die badische Regierung hält diese Feststellung für nötig, nachdem auch nach ihrer Meinung beim Vorgehen des Reiches gegen Preußen eine Auffassung der Reichsregierung zutage getreten ist, die die badische Regierung als mit der Verfassung nicht mehr für vereinbar anzusehen vermag.

Hierauf erhielt für die Klageparteien zunächst Ministerialdirektor Dr. Brecht das Wort zur **Erörterung der Vorgänge** vom 20. Juli. Einleitend führte er aus:

Seit den Septemberwahlen 1930 besteht eine eigenartige Krise im deutschen Parlamentsleben, nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich und in anderen Ländern. Nicht jede Krise im Parlamentsleben ist zunächst eine Krise des Parlamentarismus. Die besondere **Krise des deutschen Parlamentslebens** ist auf die großen, steigenden Wahlerfolge der NSDAP. zurückzuführen. Nach parlamentarischen Regeln war es an sich erwünscht, die NSDAP an die Regierung zu lassen; nicht nur aus Gründen der Ritterlichkeit, sondern weil in dem Zwang zur Verantwortung der tiefe Sinn des parlamentarischen Systems liegt. Aber es bestand ernster Zweifel an der legalen Ausübung der Macht durch die NSDAP., die selbst verlangte: alles oder nichts. Das Problem, ob man unter diesen Umständen der NSDAP. die staatliche Macht in die Hand geben kann, ist seit zwei Jahren und noch heute das große Problem der inneren Politik. Eine Mehrheit hat die NSDAP. weder im Preußischen Landtag noch im Reichstag. Bisher haben alle verantwortlichen Stellen es abgelehnt, der NSDAP. als Minderheit die entscheidende staatliche Macht in die Hand zu geben; das haben abgelehnt der Herr Reichspräsident und der Reichskanzler Brüning vom September 1930 bis Mai 1932, der Preußische Landtag vom Frühjahr 1932 bis heute, der Herr Reichspräsident und Reichskanzler von Papen Mitte August und nochmals Ende August. Die Ablehnung von Papens ging so weit, daß er ernste Versuche von Zentrum und NSDAP., zu einer parlamentarischen Basis zu gelangen, politisch durchkreuzte. In diesem verhältnismäßig gleichmäßigen Ablauf hat es eine Episode gegeben: Die Einigung von Papen-Hitler. Diese dauerte vom 1. Juni bis 13. August. Sie begann mit einem Vertrag. Die NSDAP. versprach der Regierung Papen als Präsidialkabinett die Unterstützung und zwar ohne nationalsozialistische Beteiligung und für die ganze Dauer des Kabinetts. Dieses Versprechen gaben die Nationalsozialisten natürlich nur gegen bestimmte Zusicherungen ab. Diese waren u. a. Aufhebung des Uniformverbots, Wiedererlaubnis der verbotenen Sturmabteilungen, Beseitigung der jetzigen preußischen Regierung, insbesondere der Leitung der Polizei. Am 14. Juni erfolgte darauf die versprochene Aufhebung des Uniformverbots und des Verbots der Sturmabteilungen. Am 28. Juni wurde den Ländern verboten, etwas ähnliches für sich allein zu machen. Sodann kam die Anknüpfung direkter Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerrl, um eine Rechtsregierung in Preußen zustande zu bringen und schließlich am 20. Juli die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen.

Am 13. August erfolgte dann die Entzweiung mit der NSDAP. Dr. Brecht schilderte dann die Bedeutung der Episode Papen-Hitler vom polizeilichen Standpunkt und vom Standpunkt der Länder. In diesem Zusammenhang verwies Dr. Brecht auf die kürzlich veröffentlichte Statistik der Todesopfer. Der Kausalzusammenhang der ganzen Ereignisreihe liege klar zutage: Die Aufhebung des Uniformverbotes und die Steigerung der Unruhen, die darauf einsetzten und ebenso der Zusammenhang zwischen den Abmachungen bei der Einsetzung der Regierung von Papen und ihrer Unterstützung durch die Nationalsozialisten auf der einen Seite, und das Vorgehen gegen die preußische Regierung auf der anderen Seite. In dem Kampf gegen verbrecherische Vorkommnisse, die aus dem Lager der äußersten Rechten kamen, habe es zwei Möglichkeiten gegeben: die kriminalistische Bekämpfung und den politischen Versuch, die psychologischen Grundlagen zu ändern, aus denen heraus die Verstöße begangen wurden. In den Kreisen des Reichskanzlers von Papen habe man offenbar den zweiten Weg gehen wollen, um so den Aufbauwillen der nationalsozialistischen Bewegung zu betonen und zu bestärken. Aber dabei hätte er die Grenzen der Verfassung wahren müssen, und das sei bei der Absetzung der preußischen Regierung nicht geschehen.

Dr. Brecht geht dann ausführlich auf die Vorwürfe ein, die die Reichsregierung als Grundlage ihres Vorgehens gegen Preußen erhoben habe. Dem damaligen Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Abegg, sei unterstellt worden, er hätte den Kommunisten erklärt, sie möchten Terrorakte vornehmen, sie aber auf eine bestimmte Weise verschleiern. Es sei unfaßlich, daß diese Unterstellung noch nicht zurückgenommen sei. Dr. Brecht erörtert dann, daß die Reichsregierung erst nachträglich durch emsiges Durchsuchen der Akten und Ausfragen von Beamten über ihre bisherigen Vorgesetzten noch einige weitere Vorwürfe gegen Preußen habe festzustellen versucht.

Der **Vertreter der Reichsregierung**, Ministerialdirektor Dr. **Gottheiner** vom Reichsinnenministerium, führt u. a. aus: Der Vorsitzende hat betont, daß in der Verhandlung hier nur erörtert werden soll, was für die Entscheidung des Verfassungsstreites, also für die Entscheidung der Rechtsfrage aus Artikel 48 usw. von Bedeutung sei. Nach meiner Ansicht müssen alle Vorgänge aus der Erörterung ausscheiden, die nach dem Erlaß der Verordnung vom 20. Juli 1932 sich ereigneten. Selbstverständlich kann man auch für Vorgänge, die der Verordnugn vom 20. Juli vorausgehen, eine wesentlich andere Darstellung geben, als es der Vertreter des preußischen Staatsministeriums tat. Ich muß betonen, daß die blutigen Vorgänge, die sich seit geraumer Zeit insbesondere im Osten abgespielt haben, bereits zu einer Zeit, die der Verordnung vom 20. Juli lange vorangeht, nach Auffassung der Reichsregierung zu einem wesentlichen Teil auf die völlig einseitige Behandlung zurückzuführen sind, die man der ständig wachsenden nationalsozialistischen Bewegung hat angedeihen lassen. Die Reichsregierung tritt der Auffassung über die Unzweckmäßigkeit ihrer Maßnahmen, die der preußische Vertreter heute vortrug, nachdrücklichst entgegen. Ihre Maßnahmen sollten dem Zwecke dienen und haben auch dem Zwecke gedient, für den Erregungsstoff, der sich durch die einseitige Behandlung der Nationalsozialisten angestaut hatte, ein Ventil zu schaffen und damit einem politischen Ausbruch, einem Bürgerkrieg vorzubeugen. Gegenüber Ministerialrat Dr. Brecht muß ich noch eines betonen: es ist nicht wahr daß zwischen der gegenwärtigen Reichsregierung und der nationalsozialistischen Bewegung irgend eine Vereinbarung getroffen sei, welche das Vorgehen gegen die preußische Staatsregierung zum Gegenstand gehabt habe.

Die objektive Sachlage, die das Vorgehen des Reiches für die Verordnung vom 20 Juli notwendig gemacht hat, ist in erster Linie durch die blutigen Unruhen des Sommers 1932 gekenn-

zeichnet. In der Presse wurde allgemein bereits von einem Zustande des Bürgerkriegs gesprochen. Diese Gefahrenlage, die am stärksten in Preußen hervortrat, wurde für dieses Land durch das Verhalten und die parteipolitische Lage der damaligen geschäftsführenden preußischen Regierung erheblich gesteigert. An der Staatsfeindlichkeit der Kommunistischen Partei — das kann man wohl ohne jeden Zweifel aussprechen — ist nicht zu zweifeln. Gerade aber diese Partei konnte vermuten, daß die damalige preußische Regierung aus parlamentarisch-taktischen, wie aus anderen Gründen gegen die Kommunisten nicht mit letzter Entschiedenheit vorgehen werde, sondern sich die Möglichkeit einer gemeinsamen Front gegen den Nationalsozialismus offen halte und daß sie sich mit den Kommunisten in dem gemeinschaftlichen Gegensatz zu den Nationalsozialisten verbunden fühle.

Die Tatsache der heftigen innerpolitischen Gegnerschaft gegen die Reichsregierung, aus der die damalige politische Leitung Preußens kein Hehl machte, mußte die Kommunisten in dieser Ueberzeugung bestärken. Die Reichsregierung hat in ihren Schriftsätzen dem Staatsgerichtshof Material zur Illustrierung dieser Lage vorgelegt. Ich erinnere an die Rede, die der damalige aktive Berliner Polizeipräsident Grzesinski am 26. Juni 1932 in Magdeburg gehalten hat, in der wörtlich gesagt wurde: „Sozialdemokraten und Kommunisten sollten sich an keiner Stelle Schwierigkeiten bereiten.“ Ich darf weiter an die von Grzesinski vorgenommene Ausstattung einer Reihe von Organisationen seiner Partei und auch einer kommunistischen Organisation mit Waffen erinnern. Ich erinnere weiter an die Vorgänge, die sich an das Verbot des „Vorwärts“ anschlossen. Es muß festgestellt werden, daß in der Haltung des preußischen Innenministers ein Akt lag, der mit seiner Beamtenstellung nicht vereinbar war. Für die Reichsregierung wurde schon durch diese Haltung Severings die Frage, ob das Reich die gefährlichen Zustände in Preußen weiter so treiben lassen könne wie bisher, in höchstem Grade akut. Wenn das Reich mit seinen Maßnahmen noch zuwartete, so war von Einfluß hierauf der Aufruf, den Minister Severing am 13. Juli gegen den Bürgerkrieg erließ. Aber schon am 14. Juli rief derselbe Minister in einer öffentlichen Versammlung in den Tennishallen in Berlin: „Jagen wir am 31. Juli die Regierung von Papen und ihre nationalsozialistischen Helfershelfer davon“. Eine derartige Erklärung eines amtierenden preußischen Ministers gegen eine amtierende Reichsregierung ist unbedingt eine Maßnahme, die in keiner Weise mit seiner Beamteneigenschaft vereinbar ist. Gleichzeitig erhielt die Reichsregierung aus vertrauenswürdiger Quelle Kenntnis von geheimen **Verhandlungen zwischen dem preußischen Innenministerium und kommunistischen Führern.** Inhalt dieser Verhandlungen waren Bedingungen und Gegenleistungen für die Förderung und Begünstigung der Kommunistischen Partei. Das Bekanntwerden dieser Tatsache, deren Richtigkeit sich später in vollem Umfange bestätigt hat, offenbart bei der geschilderten politischen Gesamtlage, die gerade in diesen Tagen durch das Blutbad in Altona der ganzen Welt kraß vor Augen geführt wurde, **eine so brennende Gefahr für das Deutsche Reich, daß nunmehr ohne jedes Zögern von der Befugnis Gebrauch gemacht werden mußte, die Artikel 48 der Reichsregierung für Fälle dieser Art in die Hand gibt. Es wäre unverantwortlich gewesen, den offenen Ausbruch des Bürgerkrieges abzuwarten.** Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli war der einzige Weg, zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes zu gelangen.

Sodann ging Ministerialdirektor Dr. Gottheiner zur Schilderung der tatsächlichen Vorgänge am 20. Juli über. Er erklärte, nicht anerkennen zu können, daß die Darstellung von Ministerialdirektor Dr. Brecht in allen Teilen vollständig gewesen sei. Es sei die Tatsache, daß die sämtlichen ihres Amtes enthobenen Minister **ihre vollen Bezüge weiter erhalten haben.** Tatsache sei es auch, daß Ministerpräsident Braun jedenfalls auf diesen Umstand sehr großen Wert gelegt habe, denn er habe sich sehr bald nach der Enthebung vom Amte nach dieser Frage erkundigt und sich sehr befriedigt erklärt, als ihm die Antwort gegeben wurde, daß er seine Bezüge weiter erhalten würde. (Ministerialdirektor Dr. Brecht versucht erregt zu unterbrechen, wird aber vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß Zwiegespräche nicht statthaft seien.)

Zum Schluß erklärt Ministerialdirektor Gottheiner, Minister Severing habe die Sachlage, die der Reichsregierung Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben habe, genau so beurteilt, wie die Reichsregierung selber.

Der Kanzler, Hitler und Gleichen als Zeugen vor dem Staatsgerichtshof?

T.U. **Leipzig,** 10. Okt. In der Montag-Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof stellte der Vertreter der S.P.D.-Fraktion des preußischen Landtages, Professor Dr. Heller, den Antrag, den Reichskanzler von Papen, Adolf Hitler und Herrn von Gleichen als Zeugen über die von der Klageseite behaupteten Abmachungen zwischen der Reichsregierung und der N.S.D.A.P. zu hören, die das wirkliche Motiv zu dem Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen am 20. Juli gebildet hätten.

Der neue Abrüstungsplan Frankreichs

Paris, 10. Okt. Laut „Volonte“ geht der neue französische Sicherheits- und Abrüstungsplan dahin, Hoovers Memorandum als Grundlage zu nehmen, aber unter der Bedingung, daß dieser Plan durch Bestimmungen über die Organisierung der Sicherheit durch gegenseitige Hilfeleistung ergänzt werde. Die Vereinigten Staaten würden, wie das Blatt weiter mitteilt, aufgefordert werden, die wirtschaftliche Blockade gegen den Angreifer zugunsten der Angegriffenen zu verhängen. England müßte darüberhinaus an einer Organisation gegenseitiger Hilfeleistung in Europa teilnehmen. Die von Deutschland geforderte Gleichberechtigung würde dann ohne Ungelegenheiten möglich sein.

*

Londoner Stimmen

London, 10. Okt. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ berichtet, Macdonald habe **Herriot nach London eingeladen,** um die Abrüstungslage zu erörtern. Diese Zusammenkunft werde im Laufe der Woche erwartet. Die versöhnliche Antwort Berlins an London, deren Inhalt der britische Botschafter in Paris am Samstag Herriot mitteilte, habe Herriots entschiedenen Widerstand gegen eine Erörterung des deutschen Anspruchs außer in Genf und unter Teilnahme aller Interessierten nicht überwunden. Infolgedessen habe Macdonald zu einem schon oft angewandten Verfahren gegriffen. Er habe den französischen Ministerpräsidenten fragen lassen, ob er bereit wäre, demnächst zu einer vertraulichen Besprechung nach London zu kommen. Herriot habe allerdings diese Anregung nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen.

„News Chronicle“ erklärt, daß Herriots neuer Abrüstungsplan ein sehr fraglicher Beitrag zur Befriedung der Welt sei. Ein Plan, der im Geiste des Sicherheitsgedankens abgefaßt sei, stütze sich gerade auf den Grundsatz des Mißtrauens und der Furcht, die die Wurzel aller Rüstungen seien.

Die **„Sunday Times“** verlangt, daß schnell gehandelt werde, um den deutschen Ansprüchen, deren moralische Berechtigung in England und Italien voll anerkannt worden sei, gerecht zu werden.

Der **„Observer“** erklärt in einem Leitartikel, daß eine wirkliche Lösung der Abrüstungsfrage nur nach einer gründlichen Aenderung des Versailler Vertrags erreicht werden könne, die das einzige Mittel sei, um Europa vor einem neuen Krieg zu bewahren.

*

Herriot fährt nach London

Paris, 10. Okt. Die **Reise Herriots nach London** steht jetzt fest, nur ist der Tag dieser Zusammenkunft mit Macdonald noch unbestimmt. Wahrscheinlich wird sie Mittwoch oder Donnerstag stattfinden. Herriot ist nach wie vor gegen London als Ort der neuen Sonderkonferenz, aber die englische Regierung besteht nicht mehr auf London, so daß man sich auf einen anderen Ort, wahrscheinlich Lausanne, einigen wird. In Herriots Umgebung wird erklärt, auch Frankreich wünsche die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz und werde versuchen, sie zu ermöglichen. Inzwischen wird eifrig an dem neuen französischen Plan gearbeitet, von dem Herriot wieder in seiner Sonntags-Rede gesprochen hat.

*

Besprechungen Herriot-Macdonald am Donnerstag.

T.U. **Paris,** 10. Okt. Amtlich wird bekanntgegeben, daß Herriot bereits am Mittwoch nach London reist. Die Besprechung mit Macdonald wird am Donnerstag stattfinden. Für Dienstag ist in Paris ein Kabinettsrat und für Mittwoch vormittag ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten einberufen.

In französischen politischen Kreisen nimmt man an, daß Herriot in London versuchen wird, die deutsche Gleichberechtigungsforderung mit einer französischen Sicherheitsforderung zu verkoppeln.

Millionen-Verlust durch die Zwickel-Verordnung

Ein vernichtendes Urteil der Industrie

Gegen den Brachtschen Erlaß über die ab 1. November nur noch zulässigen Badeanzüge beim öffentlichen Baden ist eigentümlicherweise von einer Seite schärfster Protest eingelegt worden, von der man es am wenigsten erwartet hätte: von den Fabrikanten der Badeanzüge. Der Laie hatte bis dahin geglaubt, daß diesem Teil der Industrie durch den Polizeierlaß ein unerwartetes Geschenk in den Schoß geworfen würde, denn nun sei doch die Mehrzahl aller Badenden gezwungen, anstelle ihrer nun nicht mehr zulässigen Badeanzüge neue zu kaufen.

Statt dessen weist der Inhaber einer der bedeutendsten Firmen auf diesem Gebiete darauf hin, daß der Verlust, den die Industrie durch die Polizeiverordnung erleidet, sich auf 14 Millionen RM belaufen werde. Dabei gibt er den Verlust an vorhandenen Lagerbeständen auf 8 Millionen an, denn es bestehe keine Möglichkeit, die ganz unerwartet nicht mehr zulässigen Badeanzüge zu verkaufen. Außerdem wäre mit einem Ausfall von mindestens 6 Millionen RM. an Arbeitslohn für 10 000 Arbeiter zu rechnen, denn bei dem allgemeinen Proteststurm, der sich gegen die Polizeiverordnung erhoben habe, müsse der vorsichtig kalkulierende Fabrikant damit rechnen, daß baldigst eine Aenderung der Bestimmungen vorgenommen werde, und damit würden die neuen Badeanzüge ihrerseits unverkäuflich. Es gebe also keine andere Möglichkeit, als die Produktion bis auf weiteres einzustellen.

Von besonderem Interesse ist die Feststellung des Textildirektors, daß es wollene Badeanzüge oder Hosen ohne Zwickel überhaupt nicht gebe. Bisher hatte man angenommen, daß der Brachtsche Zwickelerlaß auf Grund einer Zusammenarbeit mit der daran beteiligten Industrie entstanden sei. Durch nichts wird diese Vermutung schlagender zurückgewiesen als durch die Unkenntnis über die Materie, die sich aus der falschen Darstellung der Verwendung des Zwickels ergibt.

Die Industrie, die sich mit der Herstellung von Badeanzügen befaßt, befürchtet einen wesentlichen Rückgang des Verkaufs. Es sei statistisch nachgewiesen, daß über 60 Prozent aller Freibadenden, und diese stellen überhaupt die Masse aller Badenden dar, sich meist darauf beschränkten, nur ein Sonnenbad zu nehmen. Das habe natürlich nur Sinn und Zweck, wenn die Sonne tatsächlich den Körper bestrahlt. Ein Sonnenbad in einem Badeanzug zu nehmen dessen Rückenausschnitt nur bis zur unteren Schulterblatthöhe gehe, sei völlig widersinnig. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß gegen das angeblich unmoralische Badekostüm mit dem tiefen Rückenausschnitt ein gewichtiges Argument aus der Vorkriegszeit angeführt wird, als man über die Freiheit des Rückens noch anders gedacht hat. Es wird darauf verwiesen, daß für Hofbälle vor dem Kriege vorgeschrieben war, daß die Damen nur mit besonders tiefem Rückendecolleté erscheinen durften.

Inhaltloser Minderheitenbericht vom politischen Ausschuß angenommen

T.U. **Genf,** 10. Okt. Der politische Ausschuß der Völkerbundsversammlung trat am Montag zu seiner abschließenden Versammlung zusammen. Als letzter Punkt auf der Tagesordnung wurde der vom Vertreter Uruguays als Berichterstatter ausgearbeitete Bericht über die Minderheitenfragen angenommen. Der Bericht stellt lediglich eine Zusammenfassung der zwei Sitzungen dar, die der Ausschuß der Minderheitenfrage gewidmet hat. Eine praktische Bedeutung ist daher dem Bericht nicht zuzusprechen.

Bei der Durchberatung des Berichtes gab Gesandter von Rosenberg eine kurze Erklärung ab, in der er seine Bereitschaft erklärte, den Bericht anzunehmen. Er wolle auch anerkennen, daß der Bericht sich bemüht habe, den verschiedenen Meinungen zu ihrem Recht zu verhelfen. Allerdings könne er sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die konkreten Anregungen der deutschen Abordnung nur einen etwas abstrakten Niederschlag in dem Bericht gefunden hätten. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß trotzdem die Aussprache an gedeihlicher Wirkung für das Los der Minderheiten nichts einbüße und einen nachhaltigen Impuls im Sinne der Verbesserung des Loses der Minderheiten haben werde.

Der polnische Außenminister Zaleski dankte sodann mit warmen Worten dem Berichterstatter für die Abfassung des Berichtes. Nur der Vertreter Norwegens, Andvord, kritisierte die Bedeutungslosigkeit des Berichts.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.)

39)

Man verteilte sich, suchte rechts und links das Gelände ab.

„Nehmen S' das Seil!“ bot einer Kerkhoff an.

Der lehnte ab. „Ich hab sicheren Tritt. Und auf meine Arme ist notfalls auch noch Verlaß.“

Der andere knurrte etwas Unverständliches und ließ die Trillerpfeife wie mit einem Peitschenschlag die düstere Stille zerreißen.

Die Kameraden kamen zurück. Es bedurfte keiner Worte. Von Vidor war nichts zu sehen oder zu hören.

Die Eroberung der zweiten Terrasse begann.

Auf einem Steilband ließ sich Kerkhoff, den Warnungen der anderen Gehör schenkend, ins Seil nehmen. Bis oberhalb einer glatten Rinne blieb er nun an die Gefährten geschmiedet. Erst auf einem Grasgürtel knüpfte er sich los, nun seine Bewegungsfreiheit wieder erlangend.

„Kinder, jetzt gilt's!“ Mit diesen Worten turnte er gewandt wie ein Eichhörnchen einen Spalt hinab. Von unten herauf wehte ihn feuchte Kälte an. Es war finster. Hierher war die Sonne noch nie gedrungen.

„Zeit lassen!“ rief von oben einer.

Kerkhoff tastete sich von Wand zu Wand. Von Vidor keine Spur. Wieder hinauf! Die Gefährten oben bewunderten stumm seine glänzende Kamintechnik.

Nun machte sich allmählich Ermüdung unangenehm bemerkbar. Vor dem Einstieg in die dritte und letzte Terrasse gönnte man sich eine kleine Rast. Kerkhoff kaute gedörrte Pflaumen, von denen er bei Bergfahrten immer einen kleinen Vorrat einstecken hatte.

„Wenn man nur wüßte, ob er den Merzbacher Weg innegehalten hat!“ sagte einer der Führer.

„Das muß sich jetzt zeigen!“ meinte ein anderer. Natürlich wäre es allen lieber gewesen, wenn sie den Vermißten weiter unten gefunden hätten; von hier oben war die Bergung eines Verunglückten sehr schwierig. Man würde viel Seil benötigen.

„Weiter!“ Wieder war Kerkhoff der erste, der aufsprang.

Da war die große Einbuchtung in den Steilhängen der Wände. Kerkhoff kannte sie noch von seinen früheren Ersteigungen. Von einem Schuttgürtel aus erreichten sie das Wasserbecken, wo sie ihren Durst stillten.

Nun gelangte Kerkhoff wieder in den Vollbesitz seiner Kräfte. Wie ein Bluthund witterte er in jede Spalte, in jedes Schartel. Dabei geriet er, ohne es zu merken, immer weiter abseits von den Gefährten.

Jetzt lag er auf dem Bauche, rief wieder und wieder den Namen Vidors. Es war nichts mehr von der verbissenen Wut eines Rachelüsternen in seiner Stimme. Die Anstrengungen bis hier herauf hatten mildernd gewirkt. Nicht einmal mehr an die Zeichnung dachte er. Nur das eine: Wir müssen ihn finden — tot oder lebend!

Da war ein kleiner Kamin. Der stand in keinem Führer. Er lag abseits der bekannten Anstiegrouten. Es war unwahrscheinlich, daß der Gesuchte seine Schritte hierher gelenkt hatte. Immerhin — erfahrungsgemäß lagen Verunglückte meist dort, wo man sie am wenigsten vermutete. Und gerade auf dem Totenkirchl kann man Trittspuren an Stellen sehen, wo sie nicht hingehören.

Kerkhoff lauschte angestrengt hinab. Selbst der Herzschlag setzte für Sekunden aus. Und dann ein froher Schreck: Klang es nicht wie ein Seufzen aus der Tiefe? War das Antwort?

Es konnte der Wind gewesen sein, aber Kerkhoff klammerte sich an eine haardünne Hoffnung.

Pfeife an die Lippen. Signal für die andern. Es dauerte geraume Weile, bis einer den Kopf über den Plattengürtel steckte.

„Was gibt's?“

Kerkhoff winkte. „Seile her!“

Endlich, nach unerträglicher Wartezeit, waren drei der Führer zur Stelle. Der vierte kam von der Erich-Könighöhle her.

Ans Seil genommen, stemmte sich Kerkhoff den unbekannten Kamin hinab, der sich unten unangenehm erweiterte. Von Zeit zu Zeit hielt der Kletterer inne.

Und richtig: Das Stöhnen aus der Tiefe wurde vernehmlicher!

Kerkhoff biß die Zähne aufeinander. Eine unbekannte Genugtuung wollte von ihm Besitz ergreifen: Ihm war es vergönnt, den unglücklichen Vidor zu finden!

Als er dann nach wenigen Minuten auf der Kaminsohle neben dem Abgestürzten kniete, als sich seine Augen an die ewige Dämmerung gewöhnt hatten und er den Verunglückten in seinem Blute liegen sah, war nicht ein Fünkchen Rache mehr in seiner Brust. Nur Mitleid, grenzenloses Mitleid. Kein Wort der Vergeltung, dafür — unausgesprochen — Vergebung. Ohne es zu wissen, war Kerkhoff über sich selbst hinausgewachsen; denn er hatte sich besiegt.

Er befühlte und betastete Vidor. Es stand schlimm um ihn. Knochenbrüche schienen das Mindeste zu sein.

„Wielange liegen Sie hier?“ drang er in ihn.

Ein dumpfes Stöhnen war die Antwort.

„Seile und Säcke herab!“ rief Kerkhoff hinauf. Er wußte nun, daß keine Minute verloren werden durfte, wenn sie diesen Menschen noch lebend hinabbringen wollten.

Seine Rufe hallten dumpf wie aus einer Gruft. Die oben sahen sich betroffen an.

„Mar' und Joseph — nun hat der ihn gefunden!“ Das hätten sie sich nicht träumen lassen, als sie den Anstieg begannen.

Mit Kerkhoffs tatkräftiger Hilfe ging die Bergung rascher vonstatten, als zu erwarten war. Bevor er ihn in die Säcke verpackte, rieb er ihm Brust und Rücken mit dem belebenden Dyhankan ein, von dem er stets ein kleines Fläschchen bei sich führte.

So. Nach menschlichem Ermessen stand zu erwarten, daß Vidor wenigstens bis zum Joch leben würde.

Nach menschlichem Ermessen — — es sollte anders kommen . . .

Das Abseilen des Verunglückten war überaus beschwerlich in diesem Fels, in dem schon jeder Alleingeher seine Kunst auf die härteste Probe stellen muß. Bis weit in den Nachmittag hinein mühten sich die fünf Tapferen mit ihrer erbarmungswürdigen Last in schwerstem Fels, bestrahlt von einer grellen Augustsonne. Von Grat zu Grat, von Kamin zu Kamin quälten sie sich durch, alle erdenkliche Vorsicht und Behutsamkeit auf den Geborgenen verwendend.

Und dann war doch alles vergebens . . . Nach glücklicher Abseilarbeit von der ersten Terrasse zum Teufelswurzgarten ging es zu Ende mit Vidor, diesem Menschen, der das Leben so sehr liebte, daß er sich allerlei Schuld auflud, um es sich auf seine Art zu verschönern. Als man an der Quelle, unterhalb der von der ersten Terrasse abfallenden Steilmauer Halt machte, sah Kerkhoff, daß Vidor mehr und mehr verfiel. Er flößte ihm einen Schluck Weinbrand ein, nahm den Kopf des Sterbenden auf die Knie, fragte eindringlich und versöhnt nach seinen Wünschen.

Vidor konnte nicht mehr sprechen, obgleich er sichtlich große Anstrengungen dazu machte. Er schien seinem Retter noch irgend etwas Wichtiges mitteilen zu wollen. Und mitten in seinem ringenden Bemühen enthob ihn der Tod aller Sorgen, die ihn noch bedrückten. Er verfiel zusehends. Die Lider sanken ihm schwer über die brechenden Augen. In seines Feindes Armen ruhend, tat er den letzten Schnaufer, bevor er die große Fahrt ins Jenseits antrat, in das Land, das man ohne Paß und Visum erreicht.

Toni Geislinger, die schon seit geraumer Zeit nebst vielen anderen Touristen die Bergung des Abgestürzten mit dem Glase verfolgte, kam als erste im Teufelswurzgarten an.

Kerkhoff winkte ihr erschüttert zu.

„Leise, leise . . .“

Sie wollte fragen, ob er lebe, als ihr ein Blick in das kalkweiße Gesicht Vidors genug sagte. Die Bergführer standen ehrfürchtig dabei. Sie hatten die Hüte abgenommen und sprachen im Geiste ein Gebet. Auf ihren jungen, wettergebräunten Gesichtern lag es wie Trotz; aber vielleicht war das nur ein verbissener Ausdruck des Beherrschens unmännlicher Gefühle . . .

In den Knien spürte Toni Geislinger, die braune Carmen und zeitweise Freundin des Verschiedenen, ein Vibrieren und Zittern der Schwäche, dem sie nicht länger standzuhalten vermochte. Sich an die ungeheuere Mauer lehnend, faltete sie die Hände. Ihren geschlossenen Augen entsickerten Tränen.

(Fortsetzung folgt.)